

Jutta Haug

Mitglied des Europäischen Parlaments

Brüssel, im Juni 2010

Liebe Genossinnen,

trotz der aktuellen Debatten und Entscheidungen zum EURO-Stabilitätspakt und der Gesetzgebung zur Finanzmarktregulierung verliert das Europäische Parlament Themen wie Gleichstellung und Chancengleichheit nicht aus den Augen.


° So verabschiedete das Europäische Parlament mit großer Mehrheit am 16. Juni 2010 eine Entschließung zur **EU-Strategie 2020**. Darin werden die Staats- und Regierungschefs aufgefordert, ein breites politisches Konzept für die Zukunft der EU als wettbewerbsfähige, soziale und nachhaltige Union im Rahmen der Strategie EU 2020 zu entwickeln, das die Menschen und den Umweltschutz in das Zentrum der Politik stellt. Kritisiert wird besonders, dass die Staats- und Regierungschefs in den von ihnen festgelegten Leitzielvorgaben die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht berücksichtigt haben. Das Plenum fordert ein Programm für die Gleichstellung von Mann und Frau, um das bestehende Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu beseitigen und die vollständige Integrierung der Frauen in den Arbeitsmarkt und in die Politik zu gewährleisten und dabei die Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen zu fördern.

° Am 16. Juni 2010 hat das Europäische Parlament eine Tür aufgestoßen, um die **Scheidung von Paaren** aus verschiedenen Mitgliedstaaten der EU oder aus unterschiedlichen Rechtsordnungen zu erleichtern. 14 Mitgliedstaaten (darunter Deutschland und Österreich) haben den Antrag auf eine künftig engere Zusammenarbeit im Scheidungsrecht gestellt, dem das Plenum grünes Licht erteilt hat. So kann man zum Beispiel in Schweden den Bund fürs Leben auf dem Postweg auflösen, während man in Malta zwar eine rechtliche Trennung aber keine Auflösung der Ehe kennt. Mit dem **Verfahren der** Verstärkten Zusammenarbeit soll es nun internationalen Ehepaaren ermöglicht werden, sich entweder in ihren Heimatländern oder in dem Land, in dem sie leben, scheiden zu lassen. Bislang mussten sich Scheidungsrichter mit der Gesetzgebung in allen betroffenen Ländern auseinandersetzen, was zu Problemen führte, welches Recht denn nun anwendbar sei.

° Ferner verabschiedete das Europäische Parlament am 17. Juni 2010 einen Initiativbericht zu den **Geschlechterspezifischen Aspekten des Konjunkturabschwungs und der Finanzkrise**. Darin wird festgestellt, dass die erste Welle der Krise den Finanzsektor sowie die Bau- und Automobilindustrie am stärksten getroffen hat. Nun jedoch die zweite Welle der Krise das überwiegend von Frauen dominierte Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Tourismusgewerbe negativ beeinflusst. Deshalb sollten nationalen und europäischen Konjunkturprogrammen die Geschlechterdimension bei den

Auswirkungen und der Überwindung der Wirtschafts- und sozialen Krise berücksichtigt werden. So fordert das Europäische Parlament, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise und die künftige Wirtschaftspolitik nicht zu einer Gefährdung der auf dem Gebiet der Gleichstellung erreichten Ziele führen darf, und die Rezession, wie es bereits in einigen Mitgliedstaaten geschieht, als Argument benutzt wird, um die Gleichstellungsmaßnahmen abzubauen.

Es grüßt Euch herzlich

A handwritten signature in black ink that reads "Jutta Haug". The script is cursive and somewhat stylized.

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de